

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 23. September 1992

am Donnerstag, dem 24. September 1992

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	18, 63	Dr. Mahlo, Dietrich (CDU/CSU)	64, 65
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	58, 59	Mehl, Ulrike (SPD)	44, 45
Beucher, Friedhelm Julius (SPD)	26, 27	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	1, 28
Dr. Briefs, Ulrich (fraktionslos)	6	Müller, Albrecht (Pleisweiler) (SPD)	23, 54
Bury, Hans Martin (SPD)	70	Dr. Päselt, Gerhard (CDU/CSU)	7, 49
Conradi, Peter (SPD)	37	Peter, Horst (Kassel) (SPD)	73, 74
Dr. Elmer, Konrad (SPD)	12, 13	Dr. Pohl, Eva (F.D.P.)	75, 76
Dr. Fell, Karl H. (CDU/CSU)	15, 16	Schätzle, Ortrun (CDU/CSU)	4, 5
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	60, 61	Schily, Otto (SPD)	17
Gilges, Konrad (SPD)	34, 35	von Schmude, Michael (CDU/CSU)	56, 57
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	68, 69	Sielaff, Horst (SPD)	19, 20
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	29, 77	Steen, Antje-Marie (SPD)	41, 42
Kastner, Susanne (SPD)	52, 53	Stiegler, Ludwig (SPD)	71, 72
Klemmer, Siegrun (SPD)	24, 43	Toetemeyer, Hans-Günther (SPD)	47, 48
Köppe, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 67	Wallow, Hans (SPD)	32, 33
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	10, 11	Dr. Weng, Wolfgang (Gerlingen) (F.D.P.)	3
Kolbe, Regina (SPD)	30, 31	Westrich, Lydia (SPD)	21, 22
Kubatschka, Horst (SPD)	25, 46	Dr. Wetzels, Margrit (SPD)	38, 39
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	8, 62	Wiechatzek, Gabriele (CDU/CSU)	40, 66
Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	36, 51	Würfel, Uta (F.D.P.)	2, 50
Lowack, Ortwin (fraktionslos)	14, 55		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	12
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	15
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	17

Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend

1. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Meyer**
(Ulm)
(SPD)

Ist es richtig, daß Jugendliche, die sich für einen „Freiwilligen Sozialen Dienst in Europa“ für die Dauer bis zu drei Jahren entscheiden, diese Zeit nicht auf den Zivildienst angerechnet bekommen, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

2. Abgeordnete
**Uta
Würfel**
(F.D.P.)

Wie gedenkt die Bundesregierung den qualitativ guten Ausbildungsstand von deutschen Krankengymnasten/Krankengymnastinnen für die Bevölkerung durch eine entsprechende Bezeichnung in einem neuen Berufsgesetz für Krankengymnasten/Krankengymnastinnen/Physiotherapeuten/Physiotherapeutinnen deutlich zu machen, da die Krankengymnasten und Physiotherapeuten in der Bundesrepublik Deutschland meistens nicht über die Bezeichnung „Diplom“ verfügen wie ausländische Krankengymnasten/Krankengymnastinnen oder Physiotherapeuten/Physiotherapeutinnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

3. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
Weng**
(Gerlingen)
(F.D.P.)

Ist der Bundesregierung bewußt, daß die sog. „Europa-Postkarte“, die der Handel vor allem in Urlaubsgebieten Ostdeutschlands anbietet, im Format so vergrößert ist, daß das Normalporto von 0,60 DM nicht ausreicht, ohne daß dem Verbraucher/Absender dies deutlich werden kann, und erwägt sie Schritte, diese Situation zu bereinigen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

4. Abgeordnete
**Ortrun
Schätzle**
(CDU/CSU)
- In wieviel Gemeinden wird eine Umzugsprämie bezahlt, wenn Einwohner eine größere Wohnung gegen eine kleinere Wohnung eintauschen und damit einen Beitrag zum Abbau der Wohnungsnot leisten?
5. Abgeordnete
**Ortrun
Schätzle**
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe wurde diese Prämie gewährt, und in welchem Ausmaß hat sie sich am Wohnungsmarkt ausgewirkt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

6. Abgeordneter
**Dr. Ulrich
Briefs**
(fraktionslos)
- Was versteht die Bundesregierung unter „multi-funktionaler Kommunikation“, und welche konkreten „Akzeptanzprobleme“ (BMFT-Mitteilungen vom 4. August 1992) sieht die Bundesregierung bei dieser Kommunikation außer der vom Bundesverfassungsgericht festgestellten Grundgesetzwidrigkeit des ISDN-Telefonnetzes (Az.: 1 BvR 1430/88)?
7. Abgeordneter
**Dr. Gerhard
Päsel**
(CDU/CSU)
- Was tut die Bundesregierung, um in den neuen Bundesländern das dort noch vorhandene Forschungs- und Erfinderpotential zu erhalten und zu nutzen, das Voraussetzung für die Regeneration der Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

8. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Welche Projekte der deutsch-chinesischen Entwicklungszusammenarbeit gibt es in der autonomen Region Tibet, und ist gewährleistet, daß die in Tibet durchgeführten Projekte tatsächlich den Tibetern und nicht eingewanderten Chinesen zugute kommen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

9. Abgeordnete
**Ingrid
Köppe**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung genau mit der durch ihr Presse- und Informationsamt am 14./15. Oktober 1992 in Bonn geplanten Tagung für Medienvertreter u. a. mit dem bayerischen Innenminister zu dem – in Bevölkerung und Parlament am Beispiel des Lauschangriffs hochkontrovers diskutierten – Thema „Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität“, wenn in der Einladung an die Chefredakteure der Hoffnung Ausdruck verliehen wird, „mit Ihrer Unterstützung diese Thematik vertieft in das Bewußtsein der Öffentlichkeit rücken zu können“, und in welchem Maße soll dabei auch für das kürzlich nach den Rostocker Krawallen vorgeschlagene Maßnahmenbündel im Bereich der Inneren Sicherheit geworben werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

10. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)

Wie gliedern sich die Ausgaben der Treuhandanstalt für das Kerngeschäft (1991 20,350 Mrd. DM und 1992 voraussichtlich 31,333 Mrd. DM) in den Jahren 1991 und 1992 regional auf, d. h. welche Ausgaben wurden absolut und pro Kopf der Bevölkerung in den einzelnen östlichen Bundesländern geleistet?

11. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)

Wie gliedern sich die zu den Ausgaben für das Kerngeschäft der Treuhandanstalt gehörenden Ausgaben für Sanierung und Restrukturierung (1991 9,9 Mrd. DM und 1992 voraussichtlich 11,515 Mrd. DM) regional auf, d. h. welche Ausgaben wurden absolut und pro Kopf der Bevölkerung in den einzelnen östlichen Bundesländern geleistet?

12. Abgeordneter
**Dr. Konrad
Elmer**
(SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, inwieweit das Ergebnis einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, in der für den April 1992 festgestellt worden ist, daß nur ca. 535 000 Arbeitskräfte in privatisierten Treuhandbetrieben beschäftigt waren, obwohl die Treuhandanstalt in ihrer entsprechenden Bilanz für diesen Zeitpunkt von

- 1,12 Mio. Arbeitsplatzzusagen ausgegangen ist, aus der Diskrepanz zwischen den in die Privatisierungsbilanz der Treuhandanstalt eingestellten Verträgen und den tatsächlich notariell beglaubigten Verträgen zu erklären ist, oder welche anderen Gründe sind gegebenenfalls benennbar?
13. Abgeordneter
Dr. Konrad Elmer
(SPD)
- Welche Dimension hat das Unterlaufen von Arbeitsplatzzusagen in privatisierten Betrieben derzeit angenommen, und welche Schritte unternimmt die Bundesregierung gegebenenfalls, um diesem Unterlaufen von Zusagen entgegenzutreten?
14. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Welche Beträge aus dem Bundeshaushalt wurden aufgrund des zwischen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem damaligen Bundeskanzleramtsminister Wolfgang Schäuble einerseits sowie Erich Honecker andererseits ausgehandelten Transitabkommens mit einer Anhebung der Transitspauschale von 326 Mio. DM auf 560 Mio. DM jährlich mit einer Vertragsdauer von zehn Jahren geleistet?
15. Abgeordneter
Dr. Karl H. Fell
(CDU/CSU)
- Wie haben sich in der Zwischenzeit seit Sommer des vergangenen Jahres die Anteile der einzelnen Nationen, die Anteilseigner der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) sind, bei den von der EBRD finanzierten Projekten und nach Kopffzahl und Bedeutung der Positionen beim Personal der Bank, entwickelt?
16. Abgeordneter
Dr. Karl H. Fell
(CDU/CSU)
- Welche Kontrollmöglichkeiten bestehen für Anteilseigner und Aufsichtsrat der EBRD hinsichtlich der Ausgaben bzw. des Ausgabenverhaltens des Präsidenten der Bank, oder treffen Berichte in internationalen Presseorganen zu, wonach der Präsident der Bank nach Gutdünken wie der letzte unumschränkte Herrscher Europas „repräsentiere“?
17. Abgeordneter
Otto Schily
(SPD)
- Gibt es zwischen Staatspräsident François Mitterrand und der Bundesregierung einen Dissens hinsichtlich der Auslegung von Artikel 107 des Maastrichter Vertrages (Weisungsunabhängigkeit der europäischen Zentralbank)?
18. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Welchen Einfluß hat die Bundesregierung auf die jüngste Senkung der Leitzinsen, die auf einer Sondersitzung durch den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank beschlossen wurde, genommen?

19. Abgeordneter
Horst Sielaff
(SPD)
- Wie viele Stellen bei den US-Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland, die bislang mit deutschen Zivilbeschäftigten besetzt waren, wurden bzw. werden nach Kenntnis der Bundesregierung in „amerikanische Stellen“ umgewandelt?
20. Abgeordneter
Horst Sielaff
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß Stellen deutscher Zivilbeschäftigter bei den US-Streitkräften in „amerikanische Stellen“ umgewandelt werden und angesichts der Tatsache, daß sich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Bernd Wilz, gegen eine solche Umwandlung von Arbeitsplätzen aussprach („Die Rheinpfalz“ 17. September 1992), zu unternehmen, um diese Position bei den US-Streitkräften durchzusetzen?
21. Abgeordnete
Lydia Westrich
(SPD)
- Welche Kosten kommen auf die Bundesrepublik Deutschland zu, falls die US-Streitkräfte die Sozialpläne für entlassene deutsche Zivilbeschäftigte – wie vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Bernd Wilz, befürchtet – nicht selbst finanzieren?
22. Abgeordnete
Lydia Westrich
(SPD)
- Ist die Forderung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung, Bernd Wilz, nach einer „Konzertierten Aktion“ von Vertretern des Bundesministeriums der Verteidigung, des Bundesministeriums der Finanzen, des Auswärtigen Amtes und der US-Streitkräfte, um genaue Angaben zu Terminen, zum Ausmaß der Truppenreduzierung und der Arbeitsplätze sowie die Freigabe von Liegenschaften der US-Streitkräfte „auf den Tisch zu bekommen“ („Die Rheinpfalz“ 17. September 1992), so zu verstehen, daß die Bundesregierung über solche Angaben bisher nicht bzw. in unzureichendem Maße verfügt?
23. Abgeordneter
Albrecht Müller
(Pleisweiler)
(SPD)
- Hat die Verzögerung der Verhandlungen und der Unterzeichnung nach Kenntnis der Bundesregierung etwas damit zu tun, daß die US-Streitkräfte die anstehenden Kündigungen (z. B. von 250 Zivilbeschäftigten im US-Depot Germersheim) noch zu den Bedingungen des alten Rechts durchführen wollen?*)

*) siehe auch Frage 61

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

24. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung eines russischen Regierungsberaters, die dortigen Kernkraftwerke könnten innerhalb von sieben Jahren geschlossen und zu Kosten von rund sechs Mrd. Dollar durch Gasturbinenkraftwerke ersetzt werden (FAZ 4. September 1992, S. 15), und was wird sie dafür tun, dieses vergleichsweise preiswerte und für die europäische Sicherheit so wichtige Projekt der russischen Regierung nahezulegen und zu unterstützen, z. B. indem sie ihre EG-Partner für eine gemeinsame Bereitstellung der dazu nötigen finanziellen Mittel gewinnt?
25. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Stromsparsförderprogramme der RWE Energie AG Essen, der Stadtwerke München und der Hessischen Elektrizitätswerke, die durch finanzielle Unterstützung den Kauf von energiesparenden Geräten in privaten Haushalten forcieren wollen, und welche Möglichkeiten sieht sie, Anreize zu schaffen, daß alle bundesdeutschen Energieversorgungsunternehmen solche Programme durchführen, um dadurch den Bau neuer Kraftwerke zu verhindern?
26. Abgeordneter
Friedhelm Julius Beucher
(SPD)
- Welchen Einfluß nimmt die Bundesregierung auf deutsche Touristen in der Antarktis im Hinblick auf die Gefährdung dieses hochempfindlichen Öko-Systems?
27. Abgeordneter
Friedhelm Julius Beucher
(SPD)
- Wird die Bundesregierung nach amerikanischem Vorbild ein jährliches Treffen der deutschen Reiseveranstalter, Regierungsangehörigen, Wissenschaftler und Umweltschutzorganisationen einberufen und darauf drängen, daß unabhängige Beobachter auf den Kreuzfahrtschiffen mitfahren können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

28. Abgeordneter
Dr. Jürgen Meyer
(Ulm)
(SPD)
- Sind Pressemeldungen richtig, daß in vielen großen Baufirmen fast nur noch „Billigarbeiter“ aus osteuropäischen Ländern auf der Basis von Werkverträgen arbeiten und mittlere und kleinere Betriebe gezwungenermaßen mitziehen, um nicht wirtschaftlich ins Abseits zu geraten,

wodurch trotz Hochkonjunktur Ende Juni bundesweit 10% mehr Bauarbeiter arbeitslos waren als im gleichen Monat des Vorjahres und der Anstieg der Kurzarbeiter sogar um 78% höher lag, und welche arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

29. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Zusammenspiel mit der Bundesanstalt für Arbeit und den örtlichen Arbeitsämtern die Qualität der Lehrveranstaltungen im Rahmen von Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen einzuschätzen und positiv zu beeinflussen, und wie nimmt sie diese Möglichkeiten wahr?

30. Abgeordnete
Regina Kolbe
(SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß neuerdings vermehrt Mitgliedschaften von Firmen und Verwaltungen bei den jeweiligen Arbeitgeberverbänden aufgekündigt werden, und welche Gründe sind der Regierung gegebenenfalls hierüber bekannt?

31. Abgeordnete
Regina Kolbe
(SPD)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, in welchem Umfang in ostdeutschen Betrieben und der öffentlichen Verwaltung tarifvertraglich festgeschriebene Regelungen zur Lohnhöhe unterlaufen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

32. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)

Treffen Berichte zu, nach denen den Soldaten des Heeresfliegerregiments 35 Mendig, die bei der UNO-Mission UNSCOM eingesetzt worden sind, entgegen dem Prinzip der Freiwilligkeit durch Befehl zum Einsatz im Irak abkommandiert wurden?

33. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)

Wie wird vom Bundesministerium der Verteidigung das Risiko der Soldaten des Heeresfliegerregiments 35 Mendig, die bei der UNO-Mission UNSCOM im Irak eingesetzt worden sind, beurteilt angesichts der Tatsache, daß sie anders, als ursprünglich dargestellt, nicht gegen Invalidität und Tod durch die UNO abgesichert sind und daß auch die privaten Lebensversicherungen, bedingt durch die Krisensituation im Irak, ausfallen?

34. Abgeordneter
**Konrad
Gilges**
(SPD)
- Welche aktiven oder pensionierten Generäle oder Offiziere der Bundeswehr waren seit September 1987 in der Republik Chile, und wer von diesen Bundeswehrangehörigen hat mit dem ehemaligen Präsidenten und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Augusto Pinochet, Gespräche geführt?
35. Abgeordneter
**Konrad
Gilges**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung dem Inhalt der Aussage zustimmen, die angeblich deutsche Generäle beziehungsweise Offiziere dem Chilenen Augusto Pinochet gegenüber bestätigt haben, daß die Bundeswehr eine „Armee von Drogensüchtigen, Langhaarigen, Gewerkschaftern und Homosexuellen“ sei?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

36. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard-Schmid**
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um zu einer einheitlichen Regelung bei der Anerkennung der Fahrerlaubnis von deutschstämmigen Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion bzw. den Mitgliedsländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu gelangen?
37. Abgeordneter
**Peter
Conradi**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung eines ihrer Parlamentarischen Staatssekretäre, die Anfrage eines Bürgers bedürfe keiner Antwort, wenn aus ihr kein „echtes Interesse des Einsenders an Verbesserungen“ und kein „gerechtfertigtes Informationsbedürfnis“ hervorgehe und wenn auch „ein in die Zukunft gerichtetes Informationsbedürfnis nicht erkennbar“ sei, „weil sonst die Beantwortung von Bürgerschreiben einen Umfang annähme, der die Erledigung der eigentlichen ministeriellen Arbeit in nicht zu unterschätzendem Maße einschränken müßte“, und hält es die Bundesregierung für in Ordnung, daß das Bundesministerium nach Aussage dieses Parlamentarischen Staatssekretärs eine „gewisse Selektion bei den Bürgerschreiben“ vornimmt?
38. Abgeordnete
**Dr. Margrit
Wetzel**
(SPD)
- Aus welchem Grund lehnt der Bundesminister für Verkehr die öffentliche Annahme von Unterschriftenlisten ab, mit denen Seemannsfrauen auf die unerträglichen Belastungen des Seemannsberufes und der deutschen Seeschifffahrt hinweisen wollen?

39. Abgeordnete
Dr. Margrit Wetzell
(SPD)
- Welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung aus den Erfahrungen mit der international organisierten Piraterie in den südostasiatischen Gewässern hinsichtlich der Pläne, die Schiffsbesatzungen durch Ein-Mann-Brückenwachdienste noch weiter zu reduzieren?
40. Abgeordnete
Gabriele Wiechatzek
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß aufgrund der weiterhin steigenden Zahlen von Autodiebstählen und dem daraus erwachsenden Schaden für die Volkswirtschaft die Automobilindustrie notfalls durch entsprechende gesetzliche Vorschriften dazu veranlaßt werden muß, wirksame (z. B. durch den Gebrauch einer Code-Karte) Maßnahmen zu treffen, die Kraftfahrzeuge diebstahlsicher zu machen, weil solche Maßnahmen im Hinblick auf den finanziellen Mehraufwand einen im Verhältnis zum Kaufpreis vernachlässigbaren Faktor darstellen?
41. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft geben über ein Projekt „feste Querung Fehmarnbelt“ der Fa. Berger, Bilfinger Bau AG und über Art und Verlauf der angekündigten vier Varianten der Straßen und Eisenbahnverbindung?
42. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Pressemitteilungen bestätigen, wonach das Projekt bereits im Jahr 2003 dem Verkehr übergeben wird und ein fester Termin für die Unterzeichnung eines Vertrages über die Untersuchung der Umweltverträglichkeit bereits vereinbart ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

43. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um die drohende Auflösung der Abteilung der Brüsseler EG-Kommission, die über die Umsetzung und Anwendung der Umweltrichtlinien wacht, abzuwehren und die Wiedereinstellung bereits entlassenen Personals sowie Neueinstellungen zu erreichen?

44. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- In welcher Weise setzt sich die Bundesregierung auf EG-Ebene dafür ein, daß der vorgelegte Entwurf der „Verordnung des Rates zur Regelung des Besitzes von und des Handels mit Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten“ in dieser Form nicht verabschiedet wird, sondern grundlegende Verbesserungen erfährt, und mit welchen Ländern arbeitet die Bundesregierung in dieser Frage zusammen?
45. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Welches Konzept hat die Bundesregierung entwickelt, um in Deutschland den Artenschutz generell zu verbessern und weiterzuentwickeln, und welche Schritte gedenkt sie in dieser Hinsicht zu unternehmen, wenn der vorliegende EG-Verordnungsentwurf verabschiedet werden sollte?
46. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Besteht die Möglichkeit, daß nach dem französischen Stopp von Mülltransportern aus Deutschland nicht ähnliche Maßnahmen für radioaktive Abfälle zu erwarten sind, da in Artikel 3 des französischen Gesetzes Nr. 91-1381 vom 30. Dezember 1991 die Lagerung von importierten radioaktiven Abfällen in Frankreich verboten ist, auch wenn ihre Wiederaufarbeitung auf nationalem Gebiet erfolgte, mit Ausnahme von technischen Zeitverzügen, die durch die Wiederaufarbeitung erzwungen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

47. Abgeordneter
**Hans-Günther
Toetemeyer**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung darüber informiert, daß der für 1993 geplante Neubau des Fachbereichs Elektrotechnik der Fernuniversität-Gesamthochschule-Hagen aufgrund des Beschlusses des Bundeskabinetts, statt der vereinbarten und vom Wissenschaftsrat für mindestens notwendig erachteten 2 Mrd. DM 1993 nur 1,6 Mrd. DM für den Hochschulbau bereitzustellen, gefährdet ist?
48. Abgeordneter
**Hans-Günther
Toetemeyer**
(SPD)
- Wie vereinbart die Bundesregierung den Bau-stopp mit der absoluten Dringlichkeit dieses Bau-projektes sowie der Verantwortung des Bundes, die er im Rahmen der gesetzlich verankerten „Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau“ zu übernehmen hat?

49. Abgeordneter
Dr. Gerhard Päselt
(CDU/CSU)
- Inwieweit vermittelt das deutsche Bildungssystem an den Technischen Universitäten und Fachhochschulen die notwendigen Voraussetzungen (Motivation, Fähigkeiten und Fertigkeiten) für Erfindungen?
50. Abgeordnete
Uta Würfel
(F.D.P.)
- Wie gedenkt die Bundesregierung das Problem zu lösen, daß der Vorspann „Diplom“ auf einen irgendwie gearteten Hochschulabschluß- oder Fachhochschulabschluß hindeutet und die damit verbundene Qualifikation in weiten Bevölkerungskreisen als höherwertig angesehen wird, auch wenn längst nicht jede akademische Bezeichnung oder Ausbildung in einem anderen EG-Mitgliedstaat dem qualitativen Stand entspricht, der in Deutschland mit einem Hochschul- oder Fachhochschulabschluß verknüpft ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

51. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um eine Änderung des Zusatzabkommens zu den Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen vom 3. August 1959 (BGBl. 1961 II S. 1183) zu erreichen mit dem Ziel, die mit dem Vollzug des Zusatzabkommens verbundene Ungleichbehandlung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den übrigen Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und die Einschränkungen ihrer Souveränität durch das Zusatzabkommen zu beenden?
52. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Wird in dem neuen Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut, das zur Zeit vor dem Abschluß steht, die Gleichstellung der bei den Alliierten, speziell bei den amerikanischen Streitkräften, angestellten deutschen Zivilbeschäftigten mit den Zivilbeschäftigten bei der Bundeswehr verankert sein?
53. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Wenn nein, wie begründet die Bundesregierung die Fortdauer minderen Rechts für die deutschen Zivilbeschäftigten bei den Alliierten?

- | | |
|--|---|
| 54. Abgeordneter
Albrecht
Müller
(Pleisweiler)
(SPD) | Wann ist mit dem Abschluß der Verhandlungen über das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut und mit der Unterzeichnung des Vertrages zu rechnen? |
| 55. Abgeordneter
Ortwin
Lowack
(fraktionslos) | Wann wird die Bundesregierung mit der Regierung Polens über das völkerrechtswidrig entzogene Eigentum der Vertriebenen verhandeln, nachdem Vermögensfragen ausdrücklich aus dem deutsch-polnischen Grenzanerkennungs- und dem Freundschaftsvertrag ausgeklammert worden waren? |
| 56. Abgeordneter
Michael
von Schmude
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchem Umfang die Länder Lettland, Estland, Ungarn und Rumänien deutschen Staatsbürgern enteignetes Eigentum zurückerstatten bzw. Entschädigung gewähren? |
| 57. Abgeordneter
Michael
von Schmude
(CDU/CSU) | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Republik Polen und die CSFR im Geiste einer guten nachbarschaftlichen Zusammenarbeit zu bewegen, den völkerrechtswidrigen Zustand zu beseitigen, der darin besteht, daß nach 1945 deutsche Staatsbürger entschädigungslos enteignet wurden, und beabsichtigt die Bundesregierung dementsprechend die Rückgabe des Eigentums oder eine entsprechende Entschädigung für die betroffenen deutschen Staatsbürger zu fordern? |
| 58. Abgeordneter
Dietrich
Austermann
(CDU/CSU) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Rückerwerb privaten Eigentums im jetzigen Polen durch Bürger aus der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen, angesichts der bisherigen Weigerung der polnischen Behörden, Eigentumserwerbsanträge und Rücküberweisungsanträge überhaupt entgegenzunehmen? |
| 59. Abgeordneter
Dietrich
Austermann
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Erwerb von Gewerbegrundstücken in Polen durch Deutsche aus der Bundesrepublik Deutschland behördlicherseits verhindert wird? |
| 60. Abgeordneter
Hans-Joachim
Fuchtel
(CDU/CSU) | Wieso ist es der Bundesregierung nicht möglich, die Entwicklung der Sozialhilfe-Zahlungen an im Ausland befindliche Deutsche festzustellen, nachdem diese Sozialhilfe über die Botschaften ausbezahlt wird? |

61. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU) Nach welchen Grundsätzen wird die Sozialhilfeleistung für Deutsche im Ausland bemessen, und wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung der vergangenen Jahre?
62. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundesregierung bislang nicht an den Sitzungen des Unterausschusses der Menschenrechtskommission teilgenommen hat, und wird sie in Zukunft daran teilnehmen?
63. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Ausgang des Referendums in Frankreich über den Vertrag von Maastricht?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

64. Abgeordneter
Dr. Dietrich Mahlo
(CDU/CSU) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Anzahl der jährlich in Deutschland gestohlenen Pkws und den dadurch verursachten volkswirtschaftlichen Schaden?
65. Abgeordneter
Dr. Dietrich Mahlo
(CDU/CSU) Befürwortet die Bundesregierung gesetzliche Vorschriften zur Erhöhung des kriminaltechnisch möglichen Sicherheitsstandards von Pkws in Deutschland?
66. Abgeordnete
Gabriele Wiechatzek
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen trifft die Bundesregierung zur Verbesserung der Grenzkontrollen in personeller und materieller Hinsicht, um die Ausfuhr von gestohlenen Kraftfahrzeugen zu verhindern, und wie weit sind die Bemühungen gediehen, mit der Republik Polen – in welche ein Großteil der gestohlenen Pkws verbracht werden – ein Rechts-hilfeabkommen abzuschließen?
67. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Ist die Bundesregierung im Anschluß an den entsprechenden Beschluß der Innenministerkonferenz vom 22. Mai 1992 nun bereit zu beantworten, wie viele Personendatensätze – gegliedert nach Entstehungszusammenhang bzw. nachrichtendienstlichen Aufgabenbereichen – jeweils durch die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der einzelnen Länder in das gemeinsame Informationssystem NADIS eingestellt worden sind, und wie lauten die entsprechenden Angaben?

68. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Treffen Meldungen (Passauer Neue Presse) zu, wonach die Bundesregierung seit 1983 dem Ost-Berliner Rechtsanwalt Vogel jährlich 360 000 DM als Pauschale u. a. für die Führung von Korrespondenzen mit Mandanten und für die Beglaubigung von Vollmachten gezahlt hat?
69. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Welche Leistungen hat Rechtsanwalt Vogel für diesen Betrag präzise erbracht?
70. Abgeordneter
Hans Martin Bury
(SPD)
- Stimmen Berichte, nach denen die Bundesregierung mit Werbebroschüren, die z. T. in russischer Sprache abgefaßt sind, Deutschstämmige in Osteuropa und in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion auf die Möglichkeit der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland als Aussiedler aufmerksam macht und diese Einwanderung sogar dadurch unterstützt, daß sie die Flugkosten übernimmt, wenn ja, wie läßt sich diese Förderung von Einwanderung mit der restriktiven Politik der Bundesregierung gegenüber politisch Verfolgten und Bürgerkriegsflüchtlingen vereinbaren?
71. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Wie viele der vom Parlament bewilligten Entscheider sind beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge derzeit eingesetzt, und was ist die Ursache dafür, daß so viele Stellen noch nicht mit Personal ausgestattet sind?
72. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Wie viele Außenstellen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge wurden inzwischen mit Personal eingerichtet, und was ist der Grund dafür, daß bis heute nicht alle der geplanten Außenstellen eingerichtet worden sind?
73. Abgeordneter
Horst Peter (Kassel)
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung die Einstellungspraxis in den öffentlichen Dienst in den neuen Ländern in der zum Oktober dieses Jahres abzugebenden Stellungnahme gegenüber dem Internationalen Arbeitsamt (ILO) zum ILO-Einkommen 111 darzustellen?
74. Abgeordneter
Horst Peter (Kassel)
(SPD)
- Gegen wie viele aufgrund der Antworten in den „Erklärung“ bezeichneten Fragebögen zum beruflichen und politischen Verhalten in der DDR ergangenen Ablehnungen sind Gerichtsverfahren anhängig bzw. bereits erstinstanzlich entschieden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- 75. Abgeordnete**
Dr. Eva
Pohl
(F.D.P.)
- Ist der Bundesregierung bekannt, welches Ministerium in der ehemaligen DDR für die Zwangsadoptionen sowie für die einschlägige Gesetzgebung zuständig war und wer in dem fraglichen Zeitraum dieses Ministerium leitete?
- 76. Abgeordnete**
Dr. Eva
Pohl
(F.D.P.)
- Welches Ausmaß in Zahlen hatten die von den Behörden der ehemaligen DDR gegen den ausdrücklichen Willen der Eltern veranlaßten Zwangsadoptionen, und in wie vielen Fällen wurde seit Herstellung der deutschen Einheit gegen die für Zwangsadoptionen Verantwortlichen strafrechtlich bis heute ermittelt?
- 77. Abgeordneter**
Dr.-Ing. Rainer
Jork
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dem in der Praxis in den östlichen Bundesländern geübten Etikettenschwindel, der dadurch gegeben ist, daß nicht ortsansässig organisierte und nicht Produkte dieser Länder vertreibende Betriebe und Organisationen durch typische lokale Betriebsbezeichnungen irreführend den Eindruck erwecken, örtliche Produkte und/oder Leistungen anzubieten, durch Regelungen oder Maßnahmen entgegenzuwirken?

Bonn, den 18. September 1992

